



Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.



Bürgerinitiative Schwarzwald-Baar-Kreis gegen Züricher Flugverkehrsbelastungen

Presseerklärung

Die beiden Vertreter der Bürgerinitiativen gegen Züricher Flugverkehrsbelastungen bei dem von Bundesverkehrsminister Ramsauer für den 26.11.2012 in Berlin anberaumten Gespräch zum Staatsvertrag mit der Schweiz, Barbara Stroscher und Edwin Fluck, verließen vorzeitig die Runde und verzichteten auf die Teilnahme an der unter Minister Ramsauer um 14:00 Uhr stattfindenden Pressekonferenz.

Sie protestieren damit gegen die nach wie vor unveränderte Grundhaltung des Ministers, den Staatsvertrag dem Deutschen Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Dies trotz differenzierter und belastbarer Argumente gegen den Staatsvertrag aus der Mitte der Gesprächsrunde. Sie sehen keinen Sinn mehr darin, sich mit den Einlassungen des Ministeriums zu den Vorteilen eines von der gesamten Region abgelehnten Staatsvertrages auseinander zu setzen, ebensowenig mit einer den Vertrag paraphrasierenden Denkschrift. Einer Denkschrift, die die Festlegungen und grundlegenden Schwächen des Vertrages mit seinen katastrophalen Auswirkungen auf die südbadische Region im Zusammenhang des Flugverkehrs von und nach Zürich-Kloten nicht heilen kann und keine rechtliche und bindende Wirksamkeit gegenüber der Schweiz erreicht, wie selbst das Bundesverkehrsministerium zugeben muss.

Barbara Stroscher und Edwin Fluck protestieren mit dem Verlassen der Runde auch dagegen, wie der Minister im Vorfeld des Gespräches als „erfahrener Berufspolitiker“, wie er sich nannte, alle Staatsvertragsgegner, nicht nur in den Bürgerinitiativen, im Schweizer Fernsehen auf undemokratische Art und Weise herabsetzte, sie sogar des „Verrates“ bezichtigte, ihnen mit einer Verschlimmerung der Situation drohte und damit in einer völlig neuen Dimension die Interessen des Schweizer Nachbarn vertrat.

Sie fordern nun alle politischen Vertreter Baden-Württembergs, die Landesgruppen der Parteien, die Landtagsfraktionen, die im Landtag von Baden-Württemberg am 08.11.2012 einen eindeutigen Beschluss zur Umsetzung der Stuttgarter Erklärung verabschiedet haben, sowie die Landesregierung dazu auf, alles dafür zu tun, dass der Staatsvertrag nicht ratifiziert wird.

Berlin, den 26.11.2012

Barbara Stroscher

Bürgerinitiative gegen Flugverkehrsbelastung im Landkreis Konstanz e.V.

(Tel.: 0163 926 7878)

Edwin Fluck

Bürgerinitiative gegen Züricher Flugverkehrsbelastung Schwarzwald-Baar-Kreis

(Tel.: 0172 62 777 26 oder 0172 544 8601)